

Die Boykott-Kampagne gegen Israel

Das umfassendste palästinensische Bündnis aller Zeiten fordert „Boykott, den Abzug von Investitionen und Sanktionen“ gegen Israel, bis dieses sich internationalem Recht beugt und die Unterdrückung der Palästinenser beendet. Und die internationale Unterstützung wächst.

Peter Schäfer, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina

„In Südafrika hätten wir unsere Freiheit und gerechten Frieden nicht ohne die Hilfe von Menschen auf der ganzen Welt erreicht, die mit gewaltfreien Mitteln, wie Boykotte und den Abzug von Investitionen, ihre Regierungen und andere gesellschaftliche Akteure dazu ermunterten, die Jahrzehnte lange Unterstützung für das Apartheid-Regime rückgängig zu machen.“

Desmond Tutu am 13. April 2010 zur Überlegung der Berkeley Universität, USA, ihre Gelder aus Firmen abzuziehen, die von der israelischen Besatzung profitieren.

Was Boykott, Ausschluss und Isolation bedeuten, wissen die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten sehr genau. Aufgrund mangelnder Reisefreiheit sind hier Politiker, Zivilgesellschaftler, Künstler und Akademiker seit Jahrzehnten in ihren Kontakten zu internationalen Kollegen eingeschränkt. Bis in die 90er Jahre hinein schloss die israelische Besatzungsmacht ganze Universitäten und Kulturzentren, teils über mehrere Jahre. Die 1,5 Millionen Bewohner des Gazastreifens sind bereits seit 1991 einer sich seither stetig verschärfenden Abriegelung unterworfen. Und noch heute ist es Israel, das bestimmt, wer in das besetzte palästinensische Gebiet Westbank und Gazastreifen ein- und ausreisen darf und wer nicht bzw. was eingeführt werden darf und was nicht. Israelis sehen also ganz offenbar die Isolierung der Palästinenser als geeignetes politisches Druckmittel.

Letztere drehen nun bereits seit einiger Zeit den Spieß um. In der palästinensischen Diskussion über die verschiedenen Widerstandsformen gegen die israelische Besatzung hat sich in den letzten Jahren ein Ansatz heraus kristallisiert, der breite Unterstützung findet, mehr und mehr auch international. Man fordert den Boykott Israels auf wirtschaftlicher, politischer, akademischer, kultureller und sportlicher Ebene, bis das Land internationales Recht umsetzt.

Und was vor fünf Jahren eine Handvoll Aktivisten begannen, hat sich zum größten palästinensischen Zusammenschluss aller Zeiten entwickelt. Das sich moderat „Kampagne“ nennende Bündnis umfasst

heute im Prinzip alle, die in Palästina Politik machen: Alle politischen Bewegungen und Parteien (einschl. Fatah und Hamas), NGO-Netzwerke, den offiziellen Gewerkschaftsdachverband, unabhängige Gewerkschaften, Berufsverbände, die Vereinigung der Wohlfahrtsorganisationen, die Generalunion palästinensischer Frauen und viele andere. Sie bilden zusammen das „Boycott, Divestment and Sanctions National Committee“ (BNC), setzen sich für den Boykott und Sanktionen gegen Israel ein und fordern den Abzug ausländischer Investitionen (BDS-Kampagne).

Internationale Unterstützung

Und permanent treffen Nachrichten von neuen ausländischen Unterstützungsaktionen ein. In vielen, auch europäischen Ländern gibt es heute BDS-Netzwerke. Dabei übernehmen diese meist nicht die volle Kampagne, sondern konzentrieren sich auf Teilaspekte.

Der Angriff gegen den Gazastreifen 2008/9 und die israelische Erstürmung der Gaza-Hilfsflotte am 31. Mai

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist seit 2008 mit einem Büro in Ramallah präsent, zuständig für Projekte in Palästina, Ägypten und Jordanien. Der Newsletter, herausgegeben vom Büro der RLS, Mub'adeen St., Ramallah, erscheint unregelmäßig und wird per email verschickt. Alle Zitate ohne Quellenangabe und die Inhalte der Kästen sind Teile von durch Peter Schäfer geführten Interviews.

Verantwortlich:
Peter Schäfer
Tel: +970-2-2403832
Fax: +970-2-2403980
[newsletter@](mailto:newsletter@rosaluxemburg.ps)
rosaluxemburg.ps

katapultierten die BDS-Kampagne vorwärts. Die außer zwei bezahlten Koordinatoren ehrenamtlich arbeitenden Kampagnenaktiven kommen den vielen Anfragen kaum noch hinterher. Der Chef-Ökonom der israelischen Zeitung Yedioth Aharonot notierte bereits am 11. März 2010, dass sich aus „Zufall oder nicht, große Investoren aus Israel zurückziehen“. Ministerpräsident Netanyahu „verstehet die Welt nicht und er begreift nicht die Veränderungen innerhalb konservativer Parteien, die seinen politischen Positionen [eigentlich] nahestehen“.

In Deutschland hingegen konnte BDS bisher wenig Fuß fassen. Zu sehr erinnert das „Boykottiert Israel“ an das faschistische „Kauft nicht beim Juden“; zu groß ist die Gefahr, dass sich Antisemiten bestätigt fühlen. Vor diesem Hintergrund würde sogar ein Engagement gegen die israelische Besatzung durch die Unterstützung der BDS-Kampagne eher Schaden nehmen, heißt es.

Wer nicht verstehe, so beschreibt der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik die deutsche Diskussion trefflich, „dass wir, wenn wir über Israel diskutieren, weniger einen Beitrag zur Lösung des Nahostproblems liefern als einen Beitrag zu unserem Verhältnis zur NS-Vergangenheit, sollte sich an der Debatte besser nicht mehr beteiligen.“ Außenpolitik, zumindest konservative, ist im Allgemeinen natürlich immer auch Innenpolitik, nie internationale Solidarität. Und in der westeuropäischen Linken und darüber hinaus werden – auf der Basis westeuropäischer Kontexte und Diskurse – viele Befreiungsbewegungen wegen ihres Strebens nach einem Nationalstaat verurteilt, andere wegen Machismo links liegen gelassen. Wieder anderen rät man zu gewaltfreien Aktionsformen. Als ein Grund für vorenthaltene Solidarität mit dem palästinensischen Unabhängigkeitsstreben wird unter anderem Homophobie in

arabischen/muslimischen Gesellschaften angeführt, obwohl sich palästinensische Schwule und Lesben gegen eine solche Haltung wehren und die BDS-Kampagne unterstützen.

So darf sich die israelische Regierung in ihrer Besatzungspolitik durch das deutsche Verhalten weiterhin bestätigt fühlen. Palästinensern dagegen werden – mit der Absage sowohl an bewaffneten Kampf gegen die Besatzung als auch an die gewaltfreie Boykottkampagne – als Lösungsweg nur die seit 20 Jahren ergebnislosen Verhandlungen mit Israel zugestanden. Im Ausland sind höchstens noch die lokalen palästinensischen Demonstrationen gegen den israelischen Mauerbau politisch genehm, vielleicht wegen der Teilnahme von Israelis.

„Wir wissen um die spezielle deutsche Wahrnehmung von Israel und die Gründe für die Komplizenschaft mit Israel“, sagt Omar Barghouti, ein BDS-Kampagnensprecher. „Aber was wir von den Deutschen schon erwarten ist, den Waffenhandel mit Israel zu stoppen, gemäß der Aufrufe von amnesty international und der palästinensischen Zivilgesellschaft.“

PA boykottiert Siedlungsprodukte

Auch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in Ramallah hat dieses Jahr den Boykott als politisches Mittel angenommen. Am 26. April 2010 erließ Präsident Mahmud Abbas ein Gesetz „zur Ächtung und Bekämpfung von Siedlungsprodukten“ und stellte Mittel zu dessen Umsetzung bereit (Al Karama-Fund).ⁱ Seither werden Aufklärungsbroschüren an Haushalte verteilt und Produkte, die in den israelischen Siedlungen innerhalb der Westbank hergestellt wurden, beschlagnahmt sowie teilweise – unter Mitarbeit von Ministerpräsident Salam Fayad – öffentlich verbrannt. Gleichzeitig werden eigene Erzeugnisse verstärkt beworben.

BDS-Aktivisten begrüßen den PA-Boykott von Siedlungsprodukten und sehen ihn als Ergebnis ihrer Arbeit. Sie bemängeln jedoch, dass beispielsweise auch palästinensische Arbeit in Siedlungen illegalisiert wurde, ohne den Arbeitern Alternativen für verlorenes Einkommen zu bieten. Wieder andere sehen den „Fayad-Boykott“ als reine Öffentlichkeitsarbeit der PA. „Ohne wesentlichen politischen Rückhalt in der Bevölkerung“, so Sam Bahour, Managementberater in Ramallah, „einem gescheiterten Wahlkampf und beschäftigt mit, so sehen es viele, dem Aufbau eines Polizeistaats, ist die PA schließlich auf den fahrenden Boykott-Zug aufgesprungen, den die Zivilgesellschaft mühsam zum Laufen gebracht hat.“ Andere werten den PA-Siedlungsboykott gar als Versuch, die BDS-Kampagne zu unterhöheln und so „die Zusicherung der Fügsamkeit und der weiteren Zusammenarbeit an Israel durch seine Marionettenregierung in Ramallah.“

„Israel kein Zufluchtsort für alle Homosexuelle“

Das Argument arabischer oder islamischer Homophobie wird benutzt, um Israels Bild eines unterdrückerischen und rassistischen Staats schönzufärben zu einem liberalen und schwulenfreundlichen. Unser Kampf als palästinensische LGBTQ wird zur Unterstützung der falschen Annahme genutzt, dass Israel der einzige 'Zufluchtsort für Homosexuelle' im Nahen Osten sei. Darüber hinaus sei die Unterdrückung palästinensischer Queers ein Grund mehr dafür, Palästinenser nicht zu unterstützen. Wir glauben, dass durch eine Beendigung der israelischen Besatzung mehr Raum entsteht für den Kampf gegen Homophobie und andere gesellschaftliche Probleme.

In Israel haben einige Homosexuelle einige Rechte, aber sicherlich nicht die palästinensischen. Der Mythos vom 'Zufluchtsort für Homosexuelle' ist eine strukturierte Kampagne des offiziellen Israel. Es ist doch erbärmlich, wie sehr sich Israel auf Schwulenrechte stützen muss, um ein liberales Image zu verbreiten.

Haneen Maikey, Co-Direktor von Al Qaws

Ziele und Richtlinien der BDS-Kampagne

Die BDS-Kampagne ist weitaus umfassender als der PA-Siedlungsboykott. Sie verschafft einen gründlichen Einblick in die Komplexität der militärischen und zivilen israelischen Besatzung. Sie zielt auf Aspekte, die tiefer gehen als die offensichtlichen Merkmale der externen Kontrolle: Soldaten, Checkpoints, Landenteignung. Die BDS-Kampagne veranschaulicht den ökonomischen Nutzen, den Israel, nicht die israelische Bevölkerung, aus der Fortdauer der Besatzung zieht. Und mit dem akademischen und kulturellen Boykott zielt sie u.a. auch auf die im Ausland verbreitete Ansicht, dass der israelisch-palästinensische Konflikt beigelegt werden könne, wenn die Kontrahenten und die „zivilen Gesellschaften“ nur genügend miteinander redeten und sich gegenseitig ihre unterschiedlichen Sichtweisen erklärten. Viele Millionen fließen jährlich in sogenannte „Dialogprogramme“, die in Palästina längst als Beiträge zur Verlängerung der Besatzung gesehen werden.

Die Ziele der BDS-Kampagne – Ende der israelischen Besatzung, Gleichstellung arabisch-palästinensischer Bürger in Israel, Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge nach UN-Resolution 194 – haben internationale Gesetzgebung zur Grundlage, die von der internationalen Gemeinschaft gegenüber Israel bisher nicht durchgesetzt wurde.

Da sich die BDS-Kampagne auf ganz Israel bezieht und sich nicht etwa auf den Boykott von Siedlungsprodukten beschränkt, liegt die Frage nach den weitergehenden politischen Zielen des BNC nahe. „Hinsichtlich des auf der Durchsetzung unserer Rechte basierenden Ansatzes sind sich alle BNC-Mitglieder einig“, so die Antwort einer Kampagnenaktivistin, „anders wäre ein so breites Bündnis auch gar nicht möglich.“ Einigkeit hinsichtlich des konkret angestrebten Unabhängigkeitsmodells – etwa in Form von zwei Staaten (Palästina an der Seite Israels) oder einer sogenannten Einstaatenlösung für alle heute im Gebiet des ehemaligen Mandats-Palästina lebenden Menschen – besteht aber nicht.

Andere Aktivisten erklären den Fokus auf ganz Israel als vorgegeben durch die Verflechtung von israelischem Staatsgebiet und den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten. Es ist die israelische Armee, die die Besatzung aufrecht erhält. Siedlungen auf besetztem Gebiet werden mit staatlicher politischer und finanzieller Unterstützung errichtet. Israelische Banken stellen für israelische Unternehmungen auf besetztem Gebiet Kredite zur Verfügung. Viele israelische Unternehmen operieren sowohl in Israel als auch in den Siedlungen in der Westbank usw.

Letzteres stellt etwa für die Europäische Union ein Problem dar. Ihr mit Israel 1995 geschlossenes Assoziierungsabkommen sieht die zollfreie Einfuhr von bestimmten israelischen Produkten unter der Maßgabe der Herkunftsdeklaration vor. Das betrifft vor allem landwirtschaftliche Produkte. „[Dementsprechende

Siedlungsprodukte] werden normalerweise mit israelischen Erzeugnissen vermischt“, so die Organisation Gush Shalom, „deren genaue Herkunftⁱⁱ zu klären ist deshalb fast unmöglich.“ Der Europäische Gerichtshof hat nun am 25. Februar 2010 im Verfahren der deutschen Firma Brita GmbH gegen das Hauptzollamt Hamburg-Hafen klargestellt, dass Produkte aus israelischen Siedlungen von der Vorzugsbehandlung auszunehmen sind.ⁱⁱⁱ Die Brita GmbH importierte Güter aus der Siedlung Mishor Adumim östlich von Jerusalem und deklarierte diese fälschlicher Weise als israelisch. Die Sachlage hier war noch relativ einfach. Zwei der größten italienischen Supermarktketten – COOP und Nordiconad – gingen wegen der verwischten Produktpuren weiter. Sie erklärten im Mai 2010 ihren Verzicht auf den Handel mit allen Produkten von Carmel-Agrexco, des größten israelischen Exporteurs für Obst und Gemüse, wegen dessen Vertriebs von Siedlungsprodukten, die nicht als solche deklariert sind.

Und was ist mit ausländischen Firmen, die an der israelischen Besatzung verdienen? Die israelische Coalition of Women for Peace listet auf ihrer Website „Who profits from the occupation?“ auf, wer in den besetzten Gebieten nach internationalem Recht illegal aktiv ist.^{iv} Nach ihren Angaben profitieren beispielsweise auch die deutschen Firmen Siemens, Liebherr und Heidelberg Cement von der Besatzung. Die Menschenrechtsorganisation Yesh Din machte öffentlich, dass letztere über die 2007 erworbene Firma Hanson (UK) drei Firmen und einen Steinbruch in israelischen Westbank-Siedlungen betreibt. Es wird berichtet, dass Heidelberg Cement versucht, Hanson abzustoßen.^v

Boykott und Sanktionen

„Boykott und Sanktionen“ ist eines von drei Kampagnenelementen. Dabei soll Aufmerksamkeit auf israelische Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen internationales Recht gelenkt werden durch die Debatte über Militär- und Rüstungsk Kooperation, Handel mit Israel und internationale Diplomatie. Israelische Mitgliedschaften in internationalen Organisationen (UN, WHO, Rotes Kreuz, OECD usw.) sollen beendet werden. Auch der Sportbereich ist einbezogen und wird international diskutiert. „Vielleicht könnte ein Sportboykott gegen Israel, wo Sport genauso sehr beliebt ist wie in Südafrika, zu tatsächlichen und sinnvollen Friedensgesprächen zwischen Israel und den Palästinensern beitragen“, so ein Artikel auf Fanhouse, einem der größten Sport-Blogs im Internet. „Vielleicht könnte so eine gemeinsame Anstrengung dieselbe Wirkung auf Israel zeitigen, wie sie das fast 30 Jahre lang mit Südafrika vermochte.“

Natürlich machen sich die BDS-Aktivisten keine Illusionen, dass Staaten, die in anderen Ländern der Region selbst Kriege führen oder korrupte Regimes

unterstützen, tatsächlich auf ein Ende der israelischen Besatzung hinwirken. Dieser Kampagnenaspekt zielt deshalb im Wesentlichen auf Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying gegenüber zivilgesellschaftlichen Gruppen und ihren politischen Repräsentanten in Wahlkreisen und Regierung. In diesem Sinne fand die BDS-Kampagne internationales Echo.

Ein französischer Zusammenschluss aus fünf politischen Parteien und über 85 NGOs arbeitet auf einen Boykott gegen die Firma Carmel-Agrexco hin, den bereits erwähnten größten israelischen Nahrungsmittelexporteur. Die schwedische Hafenarbeitergewerkschaft setzte Ende Juni eine einwöchige Blockade aller israelischen Schiffe durch, ähnlich wie in Indien, Norwegen und Südafrika. Der British Trade Union Congress mit über sechs Millionen Mitgliedern erklärte im September 2009 seine Unterstützung für die BDS-Kampagne, ebenso wie die schottischen und irischen Kollegen, die kanadische Postgewerkschaft, die französische CNT und die südafrikanische COSATU. Die Grüne Partei in den USA bekundete bereits im März 2008 ihre Unterstützung.^{vi}

Kritiker der Boykottkampagne weisen darauf hin, dass mit ihr unterschiedslos Freund und Feind in Israel geschädigt werde. Umgekehrt sollte man im Sinne dieses Arguments „aber auch die Konsequenzen aus dem Erwerb israelischer Produkte beachten“, so der israelische Ökonom Shir Hever zum Wirtschaftsboykott^{vii}. „Die Profite israelischer Firmen tragen zum israelischen Steueraufkommen und zu Waffenkäufen bei. Firmen, die auf gestohlenem israelischen Land produzieren, vermehren ihren Umsatz mit jedem Kauf. Diese Käufe sind damit ein Anreiz dafür, noch mehr palästinensisches Land an sich zu reißen und die Einwohnerzahl in den Siedlungen zu erhöhen. Unterstützung für die israelische Wirtschaft ist eine politische Stellungnahme, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte. Sie beinhaltet mindestens die Übernahme von Mitverantwortung für israelische Menschenrechtsverletzungen.“

Da der palästinensische Markt hochgradig in den israelischen integriert ist^{viii} „haben auch wir Palästinenser kurzfristig negative Folgen eines Boykotts gegen Israel zu tragen“, so ein Aktivist auf einer BDS-Veranstaltung mit der kanadischen Autorin Naomi Klein im Juni 2009 in Ramallah. „Aber zur Erreichung von Freiheit und Gerechtigkeit sind wir dazu bereit.“

Am 14. Juli 2010 passierte ein Gesetzesentwurf das israelische Parlament (erste Lesung), der den Aufruf zum Israel-Boykott unter Strafe stellt. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitung Haaretz rief die internationale Gemeinschaft deshalb dazu auf, die Knesset als Institution zu boykottieren, „bis diese ihre demokratische Herkunft wieder entdeckt“.

Abzug von Investitionen

Dieser zweite Kampagnenteil zielt auf ausländische Firmen und Institutionen, die in Israel investieren. Die Kampagne macht Verflechtungen mit dem Besatzungsregime öffentlich und wirkt auf den Abzug der Investitionen hin. Verviesen wird auf firmeneigene Verpflichtungen zu sozialverträglichem Verhalten.

So verkauften ein schwedischer und ein norwegischer Rentenfonds ihre Anteile an der israelischen Waffenfirma Elbit Systems, ebenso wie die Danske Bank. Im Juni 2009 verzichtete das australische Melbourne auf eine Vertragserneuerung mit dem Zugbetreiber Connex wegen dessen Aktivitäten in Ost-Jerusalem. Die Kirche von England zog ihre Investitionen aus der Baugerätefirma Caterpillar ab, deren Maschinen von israelischen Behörden bei der Zerstörung palästinensischer Häuser genutzt werden. Viele Gewerkschaften, Studierendenräte und Kirchengemeinden arbeiten in dieselbe Richtung.^{ix}

Ein Beispiel aus Deutschland ist die Lobbyarbeit von Pax Christi und IPPNW gegen eine Beteiligung der Deutschen Bank an der israelischen Waffenfirma Elbit Systems. Die Bank zog ihre Investition kurze Zeit später zurück.

Akademischer und kultureller Boykott

Die BDS-Forderung allerdings, die international auf die größte Skepsis stößt, ist der Boykott israelischer akademischer Institutionen. Deren Freiheit sei zu schützen. Darüber hinaus müsse mit Hochschulen und anderen Denkfabriken kooperiert werden, weil ansonsten auch der Zugang zu fortschrittlich denkenden Personen verstellt werde. So ist eine Anzahl israelischer Akademiker als Kritiker der Besatzung bekannt.

„Ist unsere akademische Freiheit nicht schützenswert?“

Manche sagen, dass der palästinensische Aufruf zum Boykott wissenschaftlicher Institutionen dem universalen Prinzip akademischer Freiheit entgegensteht. Palästinenser empfinden dieses Argument als voreingenommen und beleidigend. Warum sollten Bildungsinstitutionen von Boykotten ausgenommen sein, wenn sie in die Gräueltaten verwickelt sind? Darüber hinaus ist die Privilegierung akademischer Freiheit über andere, grundlegendere Rechte ein Schlag ins Gesicht der universalen Menschenrechte. Wieso ist akademische Freiheit eines Teils der israelischen Gesellschaft wichtiger als das Grundrecht auf ein freies, würdiges Leben aller Palästinenser, einschließlich der Akademiker? Ist der Schutz der akademischen Freiheit eines israelischen Wissenschaftlers ein höheres Ziel als die Freiheit eines ganzen Volkes, das durch eine illegale Besatzung unterdrückt wird? Sollen denn palästinensische Universitäten keine akademische Freiheit genießen?

Samia Botmeh lehrt an der Birzeit-Universität und ist im PACBI-Leitungsgremium (Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel)

„Dieser Umstand hat jedoch bisher immer noch nicht dazu geführt, dass die Universitäten, an denen diese arbeiten und forschen, ihre Politik ändern“, so das Ergebnis einer Studie^x. Der Autor nennt 27 akademische Einrichtungen, darunter die Bar-Ilan Universität in Tel Aviv, deren Computertechniker an der Entwicklung militärischer Drohnen arbeiten und die eine Hochschule in der Westbank-Siedlung Ariel sponsort, sowie die Hebräische Universität in Jerusalem, in deren Vorstand der Vorstandsvorsitzende von Elbit-Systems sitzt.

„Als Institutionen sind israelische Universitäten integraler Bestandteil des politisch-militärisch-industriellen Komplexes“, so die israelischen Unterstützer der BDS-Kampagne. Die Betroffenen können es aber auch selbst sagen. „Die Universität von Haifa ist stolz darauf“, so Universitätsrektor Yossi Ben Artzi, „weiterhin die akademische Heimat der Sicherheitskräfte zu sein und die Armeeführung in vielen verschiedenen und unterschiedlichen Perspektiven zu unterrichten.“^{xi}

„Deshalb fordern wir den Boykott dieser Institutionen“, erklärt Samia Botmeh von der Palästinensischen Initiative für akademischen und kulturellen Boykott (PACBI), eines Teils der BDS-Kampagne. Mit Ausnahme der Al Quds Universität in Ost-Jerusalem beteiligen sich alle palästinensischen Hochschulen am Boykott. „Seit den 80er Jahren haben wir palästinensischen Akademiker mit israelischen Kollegen zusammen wissenschaftliche Papiere veröffentlicht“, so die Mathematikerin weiter. „Die Idee hinter gemeinsamen Projekten mit Israelis ist, dass sie sehen, dass wir normale Menschen sind und uns dann unsere Rechte geben.“ Dass das nicht funktioniert hat, davon können Tausende Palästinenser erzählen, die israelisch-palästinensische Dialogprojekte durchliefen und mit Israelis zusammenarbeiteten. „Unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen im Nahen Osten haben wir auf neutralem Grund beide Konfliktparteien an einen Tisch gebracht.“ Das ist ein Satz, mit dem sich viele ausländische Organisationen gerne öffentlich brüsten. Dafür scheut man keine Kosten und finanziert eine ganze „Dialog-Industrie“.

„Das erste Opfer dieser Programme war die Trivialisierung der Vorstellung von der israelischen Herrschaft als koloniales Projekt“, analysiert der palästinensische Soziologe Salim Tamari. Der Effekt des international geförderten „falschen Dialogs“ war, so der Rechtsanwalt Jonathan Kuttan schon 1988, „die Beruhigung des Gewissens von Mitgliedern der unterdrückerten Gruppe bis sie fühlten, dass sie nichts anderes mehr tun müssen.“^{xii} Faris Giacaman beschreibt die in Palästina heute vorherrschende Meinung darüber so: „In Fällen von Kolonialismus und Apartheid hat die Geschichte gezeigt, dass Kolonialregimes ihre Macht ohne breit aufgestellten Kampf und Widerstand oder internationalen Druck nicht aufgeben. Insbesondere ist

es naiv anzunehmen, dass Überzeugung und 'Reden' ein unterdrückerisches Regime davon überzeugen, seine Macht aufzugeben.“

Der Boykott habe sich bisher bezahlt gemacht, so Botmeh weiter. „Früher arbeiteten wir mit einer Handvoll israelischer Akademiker zusammen, der Rest ignorierte uns völlig. Noch vor zehn Jahren ließen sich ultra-zionistische Akademiker nicht herab, mit mir zu sprechen. Heute sind sie dazu gezwungen, aber unter anderen Bedingungen.“ Der Boykott habe also dazu geführt, dass Israelis und Palästinenser heute mehr interagieren als davor. Allerdings passiert das nun nicht mehr auf der Ebene gemeinsamer, international finanzierter Projekte.

Palästinenser als Accessoire

Ähnlich wie im akademischen Bereich lässt sich auch im kulturellen mit israelisch-palästinensischen Projekten Geld verdienen. In der betreffenden Szene Ramallahs traf man bis vor einigen Jahren regelmäßig auf ausländische Kunstschafter, die sich lange vergeblich um Fördergelder kümmerten. „Aber als ich eine israelisch-palästinensische Komponente hinzufügte, war das auf einmal ganz leicht“, so eine Künstlerin 2004.

Palästinensische Filme werden heute noch auf größeren Festivals meist nur in Kombination mit israelischen gezeigt, mit angeschlossener Podiumsdiskussion über den israelisch-palästinensischen

„Boykott gegen Missbrauch von Kulturarbeit“

Der Boykott ist weder dogmatischer Mechanismus, noch starre Ideologie. Er ist nicht gegen Kultur als höchste Ausdrucksform menschlichen Geistes gerichtet, sondern gegen den Missbrauch von „Kultur“ als Propagandainstrument zur Verdeckung und Verzerrung der Realität. Israel gebraucht seine Kulturarbeit und deren Vertreter als Aushängeschild, um sich selbst als fortschrittlichen, demokratischen und pluralistischen Staat zu präsentieren.

Wenn Palästinenser eine Waffe in die Hand nehmen, sind sie Terroristen. Wenn sie gewaltfreien Widerstand leisten, wie den Boykott zum Beispiel, dann werden sie beschuldigt, Israel zerstören zu wollen. Wenn die Palästinenser kulturellen Boykott fordern, werden sie zu Barbaren, die die Menschlichkeit bekämpfen, die Musik und andere Kunst ablehnen. Aber wenn Israel 1,5 Millionen Menschen [in Gaza] vier Jahre lang abriegelt, dann wird das Selbstverteidigung genannt.

**Juliano Mer Khamis, jüdischer Palästinenser
The Freedom Theatre, Jenin**

Konflikt, auch wenn die gezeigten Filme nichts damit zu tun haben. „Israelisch-palästinensischer Dialog ist sexy“, sagt Annemarie Jacir, deren erster Spielfilm 2008 in Cannes uraufgeführt wurde. „Auch ansonsten wird meine Arbeit auf mein Verhältnis zu Israel reduziert. Wir Palästinenser kämpfen um unsere Unabhängigkeit, aber niemand will uns unabhängig sehen.“

Wer in der palästinensischen Kunst- und Film-Szene Rang und Namen hat, unterstützt die BDS-Kampagne, darunter neben Jacir weitere international ausgezeichnete Filmemacher und Künstler, die dafür zum Teil große Produktionseinbußen in Kauf nehmen. Sie alle arbeiten nicht mehr mit israelischen Institutionen zusammen oder mit solchen, die durch staatliche israelische Gelder gefördert werden. „Aber die israelischen Festival-Scouts sind ungeheure Stalker“, so Jacir. „Sie nehmen die schlechtesten Filme in ihr Programm auf, wenn der Regisseur ein Araber ist. Und nicht nur das, sie verleihen ihm sogar einen Preis! Am nächsten Tag kann dann die ganze israelische Presse feiern, wie offen und überhaupt nicht rassistisch sie gegenüber den braunen Menschen sind.“

Kulturschaffende aus aller Welt schlossen sich dem Aufruf ihrer palästinensischen Kollegen an. Ken Loach, Eduardo Galeano, Arundhati Roy, Roger Waters, Jean-Luc Godard, Henning Mankell sind die bekannteren. Darüber hinaus cancelten viele Musiker nach Aufforderung von BDS-Aktivisten geplante Konzerte in Israel (u.a. Pixies, Elvis Costello, Carlos Santana, Gorillaz Sound System, Devendra Banhart).

Eine Ablehnung der BDS-Kampagne insbesondere durch Menschen, die sich für eine gewaltfreie Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts einsetzen, wird in Palästina nicht verstanden. Auch der israelische Filmemacher Udi Aloni beispielsweise spricht sich für die BDS-Kampagne aus, weil versucht werden müsse, „die Vorbedingungen für gewaltfreien Widerstand zu schaffen, damit gewaltsamer Widerstand unnötig wird. Und die nachgewiesen effektivste Form des Drucks, die wir bisher kennen, ist BDS. [...] BDS ist das lebensrettende Gegenstück zur Gewalt.“

-
- ⁱ Nicht zu verwechseln mit der „Internationalen Kampagne für Reisefreiheit für Palästinenser“ gleichen Namens (Karama).
 - ⁱⁱ Gush Shalom: List of Products from Settlement in the Occupied Territories, 8.3.2009, http://zope-gush-shalom.org/home/en/campaigns/boycott_settlements_products/boycott_eng.rtf.
 - ⁱⁱⁱ Court of Justice of the European Union, Press Release No. 14/10, 25.02.2010.
 - ^{iv} Who profits from the occupation?, <http://www.whoprofits.org>, Information vom 29.6.2010.
 - ^v HeidelbergCement tries to sell West Bank mines as legal, boycott pressures grow, 13.07.2009, <http://electronicintifada.net/v2/article10656.shtml>.
 - ^{vi} PACBI Newsletter No. 1, 31.12.2009.
 - ^{vii} Hever, Shir: The Question of Sanctions and a Boycott against Israel, AIC publication “The Economy of the Occupation”, part 6, p. 21.
 - ^{viii} Hever, Shir: Foreign Aid to the OPT and Israel. Updated Economic Bulletin 1, AIC, 12.4.2005.
 - ^{ix} Liste unter <http://bdsmovement.net/>, Global News.
 - ^x Keller, Uri Yacobi: Academic Boycott of Israel, ein Teil der AIC-Reihe The Economy of the Occupation, www.xx
 - ^{xi} The Alternative Information Center, 15.6.2010, <http://www.pacbi.org/etemplate.php?id=1274>.
 - ^{xii} Kuttab und Tamari zitiert nach Hill, Tom: 1948 After Oslo. Truth and Reconciliation in Palestinian Discourse, in: Haugbolle/Hastrup (Ed.): The Politics of Violence, Truth and Reconciliation in the Arab Middle East, New York, 2009, p. 6.